

3 PROTESTE IN WEST- UND ZENTRALASIEN
International

6 "SICHERE HÄFEN" IN THÜRINGEN
Thüringen

8 FORTSCHREITENDE MILITARISIERUNG
Berlin

10 STROMAUFWÄRTS AUCH IN MÜMMEL?
Hamburg

12 NUR EINE LAST FÜR DIE GESELLSCHAFT?
Bremen

14 IMPERIALISTEN MIT GROSSEN PLÄNEN
BRD

16 TAG GEGEN GEWALT AN FRAUEN 2019
Frauen

18 INDIVIDUALISMUS UND DEUTSCHE POPMUSIK
Kultur

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

kaum hat das Jahr begonnen, ist es auch schon wieder vorbei – zumindest gibt es in der Redaktion der Roten Post diesen Eindruck. Das ist auch kaum verwunderlich, fiel es uns dieses Jahr doch überhaupt nicht schwer, die monatlichen Seiten der RoPo zu füllen. Viel eher hatten wir das Problem, dass es viel zu viel gab über das wir hätten schreiben können, und wir waren gezwungen, über viele Themen nicht oder nur oberflächlich zu berichten. Besonders international sehen wir nicht erst seit den letzten paar Monaten, dass die Rebellion der Völker der Welt sich immer öfter und stärker gegen den Imperialismus und seine Lakaien erheben. Und das nicht nur in den unterdrückten Nationen, sondern auch im Herzen der imperialistischen Bestie kommt es immer wieder zu großen Protesten gegen die weitere Ausquetschung der Arbeiterklasse. Die Gelbwestenbewegung in Frankreich ist ein Beispiel, das wohl jedem im Kopf geblieben ist, aber das erneute Aufflammen der Proteste gegen die Rentenreform im Dezember mit einem landesweiten Streik zeigt die Kampfbereitschaft der französischen Arbeiter und auch die Krise, in der sich der französische Imperialismus befindet.

Auch wenn wir in der BRD noch nicht eine solch stark entwickelte revolutionäre Situation haben wie in Frankreich, haben wir dieses Jahr gesehen, dass sich der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie auch hier entwickelt. Ein Indikator dafür sind auch die Artikel, die uns aus den unterschiedlichen Städten dieses Jahr zugeschickt wurden. Immer öfter beschäftigen sich diese mit tatsächlichen Problemen und täglichen Kämpfen der Massen in den Arbeitervierteln. Wir hoffen, dass wir mit unserer Arbeit die Stimme der Arbeiterklasse in diesem Land ein bisschen lauter gemacht haben.

Wir wünschen allen Freundinnen und Freunden der Roten Post einen guten Jahreswechsel und erfolgreiches und kämpferisches Jahr 2020.

Eure RoPo-Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

PROTESTE IN WEST- UND ZENTRALASIEN

Die Welt ist in Aufruhr. Überall auf der Welt gibt es Massendemonstrationen, starke Proteste und kraftvolle Kämpfe gegen den Imperialismus und die Ausbeutung und Unterdrückung, die er gegen die Völker der Welt benutzt. Kämpfe der Unterdrückten gegen die Herrschenden, die mit allen Mitteln zurückschlagen, sich demaskieren und sich als die Reaktionäre und Mörder entpuppen, die sie sind. In der letzten Ausgabe der RoPo haben wir uns bereits mit der Lage in Lateinamerika auseinandergesetzt. Und diese Proteste halten zu großen Teilen weiter an und die Völker führen ihre Kämpfe unerbittlich weiter. Doch eben nicht nur in Lateinamerika kam es zu großen Rebellionen. Auch in West- und Zentralasien, hauptsächlich im Irak, dem Libanon und dem Iran kam es zu großen Protesten. Eine Region, dessen Völker seit Jahrzehnten vom Imperialismus, hauptsächlich dem Yankee-Imperialismus, ausgequetscht werden. Gerechtfertigt mit Vorwänden, die nach Strich und Faden geheuchelt sind: Das Durchsetzen von „westlichen Werten“, „Demokratie in die Region exportieren“ oder die Frauen und ihre schlechte Situation in der Region müssen als Argumentation der Imperialisten herhalten. Doch wie wir in den vergangenen Jahren und eben auch nun wieder

sehen können, lassen die Völker der Region sich diese Unterdrückung nicht gefallen.

Doch wollen wir zu den konkreten Situationen in den verschiedenen Ländern kommen. Am längsten halten die Proteste im Irak an. Der Irak befindet sich in einer starken ökonomischen Krise, unter der die Volksmassen enorm zu leiden haben. Obwohl der Irak eines der erdölreichsten Länder der Welt ist, fehlt es den Menschen an Strom, die Arbeitslosigkeit ist hoch und so etwas wie eine Perspektive gibt es vor allem für viele Jugendliche nicht. Seit Anfang Oktober gehen die Menschen hier Tag für Tag auf die Straßen. Und Tag für Tag lassen die Menschen auf den Straßen ihr Leben. Mittlerweile haben die irakischen Streitkräfte laut Medienberichten weit über 300 Menschen bei den Protesten getötet. Das ist die Brutalität, mit der die Streitkräfte des irakischen Staates gegen das Volk vorgehen. Scharfe Munition, die in die Menschenmassen geballert wird, steht auf der Tagesordnung. Das zeigt auch ein ganz konkreter Fall in der Stadt Nasirija, wo die Polizei bei einer Brückenräumung Ende November 13 Menschen erschoss und etliche weitere verletzte. Doch seitdem, ebenfalls Ende November, das iranische Konsulat in

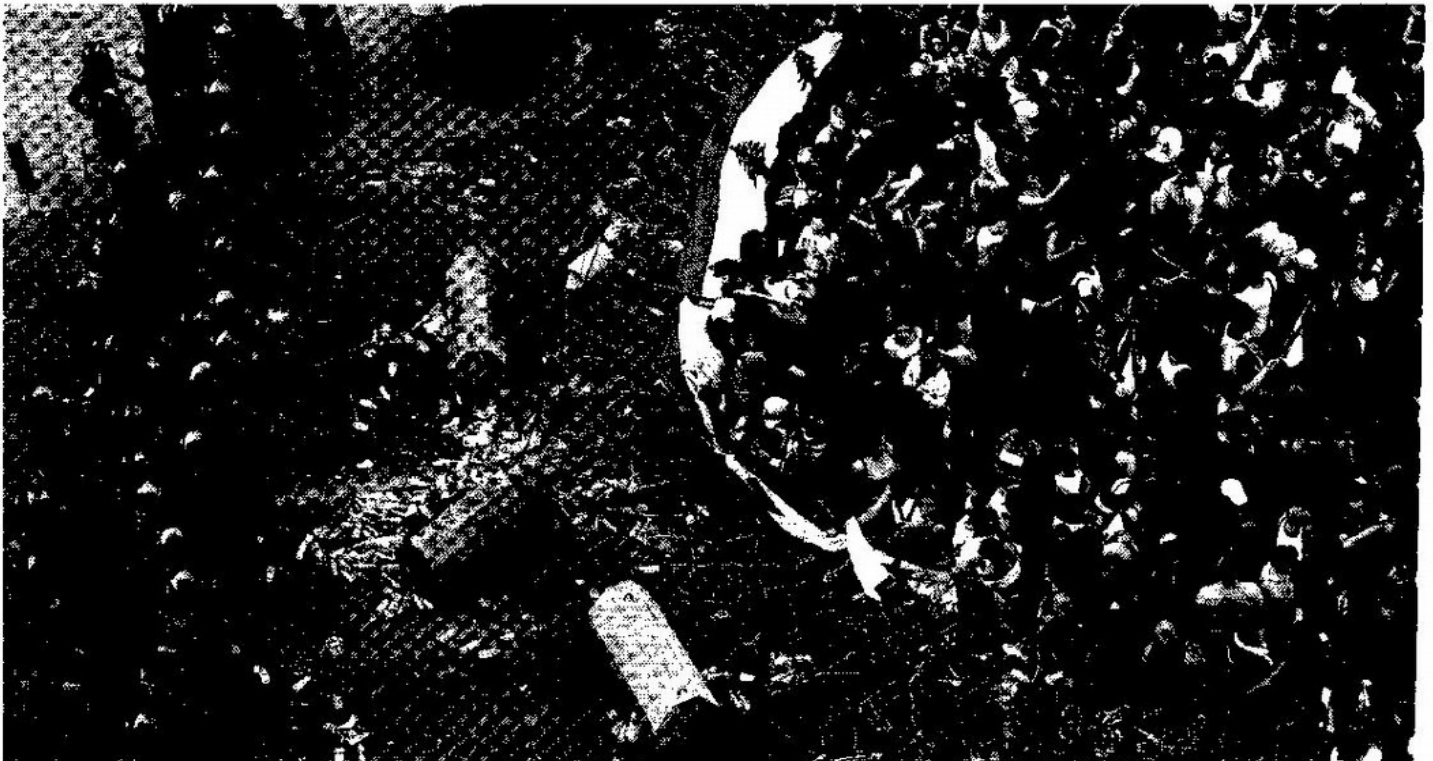


Proteste im Irak

der Stadt Nadschaf im Zuge der Proteste in Brand gesetzt wurde, heißt es in den bürgerlichen Medien, dass sich die Proteste einzig und allein gegen den Iran richten würden. Der Iran hat durchaus Einfluss im direkt anliegenden Irak und versucht diesen weiter auszubauen. Mit der Badr-Organisation und der Ahl-al-Haq-Miliz befinden sich sogar bewaffnete iranische Einheiten auf irakischem Boden. Doch die Behauptung, die gesamte Rebellion würde sich voll und ganz gegen den Iran richten, ist nichts als eine Verdrehung von Tatsachen. Denn der Hauptfeind des irakischen Volkes ist der Yankee-Imperialismus. Und gegen diesen, die von ihm ausgehende Ausbeutung und Unterdrückung, und seine Lakaien richten sich auch die Kämpfe der Massen im Irak. Und diese Kämpfe halten weiter an - trotz all dem, was das Volk bisher erleiden musste, und trotz all dem vergossenen Blut.

Ebenfalls große Massenproteste gibt es im Libanon. Die imperialistische Ausbeutung hat das Land enorm heruntergewirtschaftet, sodass das Volk leiden muss. Das Land gehört mit einer Verschuldung von 86 Milliarden US-Dollar bei einem deutlich geringeren Bruttoinlandsprodukt zu den am höchsten

verschuldeten Ländern auf der Welt. Entsprechend ist die Lage im Land. Die Infrastruktur ist miserabel, eine funktionierende Strom- und Wasserversorgung gibt es nicht und das Land hat ein großes Problem mit Müll, der nicht entsorgt wird. Nun plante vor einigen Wochen das Regime im Libanon, Sprachanrufe über Messenger-Apps wie WhatsApp oder Telegram mit 0,20 US-Dollar pro Anruf zu besteuern. Anrufe wie diese werden gerne für Auslandstelefonate genutzt, da sie übers Internet laufen und somit keine hohen Kosten entstehen, wie es bei einem normalen Anruf der Fall wäre. Vor allem während des libanesischen Bürgerkrieges, der vor 30 Jahren endete, gab es große Flüchtlingsströme in Richtung Europa, wodurch viele Familien voneinander getrennt wurden. Rund 40.000 Libanesen leben heute ohne deutschen Pass in der BRD. Insgesamt flüchteten fast eine Millionen Menschen während des jahrzehntelangen Bürgerkrieges. Das Steuervorhaben der Regierung brachte das Fass zum Überlaufen und lösten die großen Proteste des libanesischen Volkes aus. Und obwohl die Pläne wieder zurückgenommen wurden, stellten die Massen ihre Proteste nicht ein. Täglich gab es Straßenschlachten und immer wieder riefen Demonstranten „Revolution“ mit erhobenen



Proteste im Libanon

Fäusten. Damit wird klar, dass sich das libanesische Volk gegen seine Unterdrückung erheben will und weiß, was es zu seiner Befreiung braucht. Aber auch hier gab es bereits etliche Tote und Verletzte bei den Protesten, die durch die reaktionäre Regierung verursacht wurden.

Die neusten entflammten Proteste finden zurzeit im Iran statt. Hier hat das Regime die Subventionierung von Treibstoffen gekürzt, sodass die Preise für diese, sowie für den Transport und damit einhergehend für so gut wie alle Waren angestiegen sind. Schon seit mehreren Monaten kauft aufgrund der Sanktionen der US-Imperialisten kaum noch jemand Öl aus dem Iran, der einer der größten Erdölexporture der Welt ist. Das veranlasste die iranischen herrschenden Klassen dazu ihre Profite zu sichern indem sie nun die Subventionierungen für Treibstoffe kürzen. Ausbaden muss das alles das iranische Volk. Mit großer Wut entfesselten sich Kämpfe, die sich ganz klar und deutlich gegen den Hauptfeind, den US-Imperialismus richten. Auf etlichen Demonstrationen wurden USA-Flaggen verbrannt, und Schilder mit der Parole „Nieder mit den USA“ in Farsi und Englisch waren zu lesen. Die iranischen Streitkräfte gehen ebenfalls mit massiver Gewalt gegen die Proteste vor. Die Zahlen verschiedener bürgerlicher Medien gehen ziemlich weit auseinander. US-Medien sprechen von bis zu 1000 Toten, während die deutschen Medien von knapp 400 Toten sprechen. Es wurden bisher weit über hundert Gebäude der Regierung angegriffen, unzählige

Banken zerstört, Polizei- und Armeefahrzeuge sowie Tankstellen in Brand gesetzt. In insgesamt 29 der 31 Provinzen des Landes wird protestiert - es ist die Rede von den größten Ausschreitungen seit der sogenannten Islamischen Revolution vor 40 Jahren, bei der die Schaah-Regierung gestürzt wurde. Mittlerweile sollen weit über 3000 Menschen in den Knästen des Staates sitzen, von denen einige bereits zu langen Haftstrafen ohne vernünftigen Gerichtsprozess verurteilt wurden. Allerdings lassen die Informationen über die Ereignisse im Iran, die ins Ausland durchsickern, extrem zu wünschen übrig. Denn das Regime ließ das Internet im Land abstellen, und auch die deutschen bürgerlichen Medien unternehmen keine besonderen Anstrengungen, sich mit den wichtigen Protesten des Volkes auseinanderzusetzen und berichten nur sehr wenig über die Situation vor Ort.

So gerechtfertigt und heldenhaft all diese Proteste der Völker auch sind - was in allen drei Ländern ganz klar wird, ist, dass den Protesten eine Führung fehlt. Die Führung der Kommunistischen Parteien dieser Länder, die sich den Kämpfen annehmen und mit dem Volk Seite an Seite die Befreiung vom Imperialismus erkämpfen. Es ist die Aufgabe der Kommunisten in diesen Ländern, die Kommunistischen Parteien aufzubauen und sich das Vertrauen der Massen in der Praxis zu erkämpfen. Nur so können die Kämpfe der Völker des Irak, Iran und des Libanon mit Erfolg gekrönt und das Joch des Imperialismus endgültig abgeschüttelt werden. •



Verbrennen der Yankee-Fahne im Iran

TRÜGERISCHE SICHERHEIT – DIE „SICHEREN HÄFEN“ IN THÜRINGEN

Die Kulturstadt Weimar hat nicht nur viele Gesichter – sie schmückt sich auch mit vielen Namen: Kulturstadt, Bauhausstadt, Stadt der Dichter und Denker und vieles mehr. Seit dem 04. Dezember diesen Jahres ist sie nun auch endlich Mitglied der „Städte sicherer Häfen“. Mit der von der Initiative Seebrücke gegründeten Etikette dürfen sich all jene Städte schmücken, die auch nur eine der Forderungen der Initiative umsetzen:

„Zu einem Sicherer Hafen gehört für die SEEBRÜCKE, dass die Kommune:

Öffentliche Solidaritätserklärung

1. sich mit Menschen auf der Flucht, der Seenotrettung und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch erklärt.

Einsatz für sichere Fluchtwege und Unterstützung der Seenotrettung

2. sich für sichere Fluchtwege und das Ende der EU-Abschottungspolitik einsetzt, damit Menschen nicht mehr auf lebensgefährlichen Routen fliehen müssen.

3. sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer positioniert und diese aktiv unterstützt, beispielsweise mit Öffentlichkeitsarbeit, Patenschaften, finanzieller Unterstützung oder der Beteiligung an einer Rettungsmission.

4. sich darüber hinaus aktiv für staatliche Seenotrettungsmissionen einsetzt.

Aufnahme von Menschen auf der Flucht

5. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. für die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht einsetzt und dazu selbst Aufnahmeplätze zusätzlich zur Verteilungsquote (Königsteiner Schlüssel) anbietet (Humanitäre Aufnahmeverfahren des Bundes, insbes. Resettlement-Programm, und Programme der Bundesländer nach §23 AufenthG).

6. Plätze für die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden bereitstellt (z.B. im Rahmen eines Dublin- oder

Relocation-Verfahrens).

7. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen einsetzt, mit denen die Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus tatsächlich selbstbestimmt realisieren können. Kommunales Ankommen und Bleiben gewährleisten.

8. für alle geflüchteten Menschen – unabhängig vom Fluchtweg – für ein langfristiges Ankommen sorgt. Um ein gutes und sicheres Leben in der Kommune zu gewährleisten, müssen alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, und für die gesellschaftliche Teilhabe der Aufgenommenen zur Verfügung gestellt werden.

9. für Bleibeperspektiven eintritt und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Abschiebungen einsetzt. Sie ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich Solidarische Stadt für alle Menschen.

Vernetzung

10. sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einsetzt. Dafür vernetzt sie sich mit anderen Städten und tritt dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei. Sichere Häfen setzen sich in ganz Europa für eine menschenrechtskonforme europäische Migrationspolitik und ein Ende der Abschottungspolitik ein.

Transparenz

11. alle unternommenen Handlungen veröffentlicht.“

Klingt ganz gut, oder?

Sieht man sich die Karte auf der Homepage der „Seebrücke“ an, könnte man leicht auf die Idee kommen, dass ganz Deutschland ein sicherer Hafen ist. Wahrscheinlich sehen das viele Geflüchtete anders. In Thüringen gibt es jetzt also zwei sichere Häfen, Weimar und Jena.

Beginnen wir mit letzterem; Jena ist überregional wahrscheinlich vor allem ein Begriff als Ursprungsort des faschistischen NSU-Netzwerks.

In Wirklichkeit ist die Stadt aber, abgesehen von ein paar Randbezirken, eigentlich eine ziemlich linke Universitätsstadt. Dies kann man wahrscheinlich vor allem am recht weltoffenen Stadtbild, einigen linken Schuppen und einer linken Fußballszene festmachen. Außerdem ist die Linke stärkste Kraft im Stadtrat, auch wenn ein Vollblutliberaler von der FDP den Stuhl des Bürgermeisters schmückt. Scheinbar ein schöner sicherer Hafen. Doch was passiert dort noch so? Es gibt eine ganze Bandbreite an Unternehmen, die ordentlich Kohle mit der Herstellung von Fluchtursachen machen. Die Liste der ansässigen Unternehmen ist recht lang. JENOPTIK AG, Laser Display Technology (Tochterunternehmen der Rheinmetall Defense Electronic GmbH), Optics Balzers Jena GmbH, Schott AG, Carl Zeiss Sports Optic GmbH und einige weitere. Ein Großteil der Unternehmen stellen Teile für verschiedenste Zieleinrichtungen her - vom Gewehr bis hin zu Laserzielsystemen für Raketen oder Kampffjets. Eigentlich ziemlich zynisch, wenn ausgerechnet eine Stadt, die sicherer Hafen sein möchte, mit dafür sorgt, dass es einen sicheren Hafen braucht.

Doch nicht nur in Jena beginnt der beginnt der Hase zu humpeln. Natürlich wünscht man auch in Weimar all jenen, die aus Verzweiflung durch Krieg oder Armut fliehen, einen sicheren Hafen, einen Ort an dem sie durchatmen und weiterleben können. Doch entpuppt sich auch das beschauliche Städtchen Weimar bei näherem Hinsehen als Piratenbucht. Denn schon mit dem Beschluss, den Bürgermeister Peter Kleine zur Abstimmung vorgelegt hat, werden viele der Kernforderungen der Seebrücke relativiert.

Zwar würde „Peterle“ auch mehr Flüchtlinge als nach dem Königsberger Verteilungsschlüssel vorgesehen aufnehmen, aber nur, wenn „die Europäische Union, der Bund oder der Freistaat Thüringen die Kosten dafür übernehmen, wie das durch die Thüringer Verfassung vorgesehen ist.“ Also doch nur ein Schuss vorn Bug. Flüchtlinge aufnehmen ja, aber nur, wenn die finanziellen Einbußen überschaubar sind.

Die Zahl der Übergriffe auf Migranten und Andersdenkende steigt im gesamten Freistaat. Die Politik schmückt sich zwar damit, dass die Gesamtzahl der faschistischen Straftaten gesunken ist; doch bloß, weil ein paar Trottel gelernt haben, dass sie ihren Schmutz nicht mehr so öffentlich aussprechen dürfen, heißt das nicht, dass Menschen,

die nicht in das faschistische Weltbild passen, hier sicherer sind. Die Anzahl der Körperverletzungen und versuchten Tötungen ist gestiegen, dass gibt sogar der Verfassungsschutz in seinem letzten Bericht zu. Allgemein scheint Thüringen ja richtig sicher für Flüchtlinge zu sein - vom klassischen Dorfnazi über kampfsportbegeisterte Nazi-Hooligans hin zu bewaffneten Reichsbürger oder einem AFD-Stadtratsmitglied, das wild krakeelend mit einer Schreckschusspistole rumballert, gibt es in Thüringen so gut wie alle Sorten gewaltbereiter Faschisten.

Aber nicht nur faschistische Gewalt ist ein Problem für Flüchtlinge. Dass Geflüchtete bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens keine legale Möglichkeit haben, Geld zu verdienen, ist ja sowieso klar, aber nur weil sie - vielleicht nur temporär - aufgenommen werden sollen, heißt das ja nicht, dass man sie nicht auch wieder ganz fix abschieben kann. Zum Glück sollen ja die Bestimmungen, Menschen auch zurück nach Syrien schicken zu dürfen, gelockert werden. Und Thüringen ist jeher für seinen wenig zimperlichen Umgang, besonders mit Geflüchteten vom Balkan, bekannt. Da wird, wie zuletzt im Saale-Orla Kreis geschehen, auch gern mal ein Minderjähriger direkt aus einer Einrichtung der Jugendhilfe abgeschoben.

Doch zurück zu den Städten, die bereits „sicherer Hafen“ sind. Es wird sich nichts an den Verhältnissen in beiden Städten ändern. Zu unkonkret sind die Forderungen der Initiative. Die Integration soll gestärkt und weiter vorangetrieben werden, blablabla. Der Appell im Weimarer Stadtrat zum Beschluss, sicherer Hafen zu werden, um Fluchtursachen zu bekämpfen, die in Jena produziert werden, richtet sich auch an die Bundesregierung. Und spätestens da ballt sich doch jedem fortschrittlichen Menschen die Faust in der Tasche. An den Staat zu appellieren, der immer schon vorne dran war, wenn es darum ging, an den Konflikten der Welt mitzuverdienen. Der Waffen geliefert hat, die heute die Rebellionen und die Verteidigung der unterdrückten Völker der Welt - ob in Syrien, Lateinamerika oder anderen Teilen der Welt kaputt zu ballern versucht. Dieser Staat, diese Nation ist eine imperialistische - und als diese ist sie gegen die Arbeiterklasse und die Völker der Welt gerichtet, und als diese müssen wir sie bekämpfen. •

GSG9-STANDORT UND ANDERE AKTUELLE POLIZEIKAMPAGNEN

Bereits im Juli diesen Jahres hat das GSG9 einen vorläufigen Standort in Berlin bekommen, nun soll der Plan für einen festen Standort beschleunigt und die Einheit um ein Drittel vergrößert werden. So soll der permanente Standort bis Ende 2020 fertig bezogen sein. Der Sprecher der GSG9 spricht von „*Stärkung der Krisen- und Reaktionsfähigkeit der Bundespolizei bei der Bekämpfung schwerer Gewaltkriminalität und Terrorismus*“. Dies ist ein Teil einer ganzen Kampagne der Militarisierung im Inneren, die der deutsche Imperialismus seit einiger Zeit betreibt. Wir erinnern zum Beispiel an die Reihe „neuer Polizeigesetze“.

Die GSG9 („Grenzschutzgruppe 9“) ist eine Sondereinheit der Bundespolizei mit dem Vorwand des „Kampfes gegen Terror“. Sie zählen also trotz ihrer militärischen Ausrüstung, inklusive Sturmgewehren und ihrer militärischen Ausbildung, als Polizeieinheit. So sieht also die Realität von Militäreinsätzen im Inneren aus, die ohnehin immer wieder propagandistisch vorbereitet werden. Die GSG9 wurde im Zuge des Kampfes gegen die Rote Armee Fraktion (RAF) gegründet - nach einem Angriff auf die israelische Olympiamannschaft durch das palästinensische Kommando „Schwarzer September“ wurde die Einheit ins Leben gerufen, „um zukünftig auf solche Situationen vorbereitet zu sein“. Einer ihrer ersten bekannten Einsätze war im Zuge der Entführung des Flugzeugs „Landshut“, mit welchem unter anderem einige der RAF-Gefangenen aus ihrer Isolationshaft freigespresst werden sollten. Dieser und der Einsatz in Bad Kleinen, bei dem RAF-Mitglied Wolfgang Grams, bei dem die offizielle Variante dieser Geschichte Suizid ist, erschossen wurde, waren die ersten öffentlich bekannten Einsätze. Seit dieser Zeit besteht die GSG9 als fester Teil der Bundespolizei, mit laut Eigenangabe 30-60 Einsätzen pro Jahr. Sie sind ein anschauliches Beispiel, wie der deutsche Imperialismus sich bereits von einer Gruppe wie der RAF bedroht gesehen hat und daraus die Konsequenz gezogen hat, jede vermeintliche Gefahr gegen sie von Anfang an um jeden Preis anzugreifen. Weitere Beispiele sind all die Gesetze, die im Zuge dieser Verfahren erlassen wurden und bis heute fortbestehen. Das zeigt sich auch darin, wie diese Einsätze aussehen. So waren sie es, die 2017 in Hamburg im Zuge der Proteste und Kämpfe gegen den G20-Gipfel eingesetzt wurden,

um das Schanzenviertel „wieder unter Kontrolle zu bringen“. Die „Brudereinheit“ der GSG9, das BFE+, die sie unter anderem aus- und weiterbilden, sieht man regelmäßiger im Umfeld von Demonstrationen und ähnlichen, von „Terrorismus“ weit entfernten Situationen, wie Fußballspielen. So wurde die BFE+ dieses Jahr auch bei einem Einsatz zur Räumung eines kurzzeitig besetzten Hauses in der Frankfurter Allee eingesetzt. Es soll normal werden und normal sein, wenn Militarismus überall im Alltag präsent ist. Bisher hatte die GSG9 einen Standort in St. Augustin, dieser soll durch den zweiten Standort in Berlin ergänzt werden. Dabei wird betont, dass dieser nicht ersetzt werden soll, weshalb dazu ca. 140 weitere GSG-Bullen eingestellt werden sollen. Dass die Ortswahl auf Berlin gefallen ist, wird zum einen mit der angeblichen Gefahrensituation der Hauptstadt begründet - dabei ist man sich auch nicht zu schade, wieder einmal mit dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt 2016 auszuweichen; wie die GSG9 dagegen geholfen hätte, braucht man nicht zu begründen. Der zweite Grund ist, dass Berlin als taktisch guter Ort für Einsätze in Richtung Norden geeignet sei.

Viele dieser Argumentationen werden nochmal in einer Dokumentation vom ARD mit dem Titel „GSG9 – Terror im Visier“ verbreitet. Dazu stellen sie die Einheit als gutes kameradschaftliches Bündnis dar, die „unsere Freiheit verteidigen“ und trotz der Gefahren dabei jede Menge Spaß haben. Um das Bild von „Objektivität“ zu wahren, werden alibihaft die immer wieder bewiesenen Verbindungen von Bullen, ihren Spezialeinheiten und dem Verfassungsschutz mit Rechtsextremen angesprochen, die unter anderem auch im Artikel der letzten Ausgabe in Bezug auf Neukölln thematisiert wurden. Diese werden aber schnell wieder ignoriert, und der Einsatzführer, den die Doku verfolgt, sichert uns zu, dass er da ja ein Auge drauf hätte und es solche Probleme bei ihnen nicht geben würde. Die Spezialeinheit der Bullen, die den deutschen Imperialismus mit all seinen mörderischen Umtrieben stützt, wird als Gruppe cooler Jungs dargestellt, die einfach nur konsequenter sind in ihrer Überzeugung für den deutschen Staat. Und es ist ein Haufen Jungs - die einzige Rolle, die Frauen in der Doku und in der Bulleneinheit spielen, ist am Schreibtisch oder als Putzkraft. Diese

Putzkräfte werden in Doku auch interviewt und als „Mutti“ der Bullen stilisiert, um ihre „menschliche und emotionale Seite“ zu betonen. Nach Parallelen zur offenen Propaganda von Serien wie „Die Rekrutinnen“, mit welcher sich der Kulturartikel der letzten Ausgabe befasste, muss man also nicht lange suchen. Die Werbefirma, die hinter dieser Kampagne steckt, ist übrigens die Crossmedia GmbH, die auch in Kreuzberg einen Sitz hat.

Auch die Polizei Berlin führt aktuell unter dem Motto „Wir können Hauptstadt“ eine Propagandakampagne, wo sie mit „witzigen“ Sprüchen versucht aufmerksam zu machen, wie vielseitig und wie menschlich die Polizei ist. Tut sich aber einer der Bullen beim Zuschlagen an der Hand weh, gibt es öffentliche Aufschreie, und neue Forderungen über Ausweitungen der Befugnisse für die Bullen, neue Ausrüstung, mehr Bullen und so weiter werden aufgestellt. Da kann es auch mal vorkommen, dass Bullen jemanden ermorden, weil sie sich „bedroht“ gefühlt haben. Kommt dann raus, dass das offensichtlich nicht der Fall war, wird der Mörder eben versetzt oder bekommt erst einmal bezahlten Urlaub (Wir erinnern an die Ermordung von Adel B. diesen Juli in Essen, wo das Verfahren ohne Anklage

fallengelassen wurde, als aktuelles Beispiel in einer langen Liste). Oder wie die Propagandakampagne es formuliert: „Kann Akten – Kann Fakten“. Nicht einmal die Werbetreibenden behaupten inzwischen noch, dass in Bullenakten die Wahrheit stehen würde. Wir sehen, wie der deutsche Imperialismus die Militarisierung im Inneren immer weiter vorantreibt und versucht, das als Normalität darzustellen. So wird nicht darüber gesprochen, wie die Grenze zwischen Militär und Polizei schon lange keine klare mehr ist, oder darüber, wie groß das Bedrohungsszenario durch den „Terror“, vor denen uns die Bullen und das Militär „schützen“ sollen, tatsächlich ist. Es soll normal wirken, Maskierte mit Sturmgewehren überall zu sehen - auf Demos, bei Fußballspielen und auf Plakaten. Am Alexanderplatz oder dem Hauptbahnhof zum Beispiel gehören die Maschinenpistolen der Bullenpatrouillen schon lange zum Alltag. Da passt es auch gut ins Bild, dass diese schwerbewaffneten Bullen am Alex in der Hauptsache als Touristenauskunft benutzt werden (laut ihrer eigenen Statistik 50.000 mal in den zwei Jahren, die es die Wache gibt); schließlich ist das Bild, das sie verbreiten wollen, ja das des „Freund und Helfer“, der halt eine Militärwaffe dabei hat - aber das ist ja ganz normal und okay. •



BFE+: Polizei mit Militärausrüstung

STROMAUFWÄRTS AUCH IN MÜMMELE?

Mümmelmannsberg ist mit 18.600 Einwohnern die größte Wohnsiedlung Hamburgs. Aktuell wird der Stadtteil nun auch „aufgewertet“, das heißt für ein reicheres Klientel schick gemacht. Das ganze findet im Rahmen des sogenannten Stadtentwicklungsplans „Stromaufwärts an Elbe und Bille“, den Aufwertungsplan für den gesamten Hamburger Osten, statt. Eben noch als „förderungsbedürftige“ Quartiere von der Stadt gebrandmarkt, soll laut Plan der interessierte Besserverdiener in Zukunft wählen können zwischen der Horner Geest als „Freiraum zum Wachsen“, Billstedt als „das attraktive Zentrum“ und Mümmelmannsberg als (ganz was neues) „das internationale Quartier“. Mümmelmannsberg wurde bis vor kurzem immer wieder mit negativen Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse als DAS „Problemviertel“ stilisiert: es häuften sich Berichte über die „bösen“ randalierenden Jugendlichen, dabei seien der hohe Ausländeranteil und die hohe Arbeitslosenquote angeblich der Ursprung allen Übels. Die gerechtfertigte Wut der Jugendlichen wird benutzt, um das Viertel in „die Guten“ und „die Bösen“, „die Deutschen“ und „die Ausländer“ zu spalten. Rassistische Kontrollen von den Bullen und ausländerfeindliche Attacken von Nazis sind dabei keine Seltenheit. Nicht nur davon haben die Menschen im Viertel genug - sie bekommen tagtäglich zu spüren, dass ihnen dieses System nichts bringt, außer mehr Ausbeutung und Unterdrückung, ob auf Arbeit oder im Viertel. Und die Herrschenden versuchen jetzt mit allen Mitteln zu verhindern, dass die Armen in den Vierteln unter sich bleiben, sie ihre Wut gegen dieses System entfesseln und eigene Strukturen aufbauen. Denn aus dieser Wut erwächst die Macht, den Herrschenden tatsächlich etwas entgegenzusetzen.

Da der Versuch in Mümmel bereits gescheitert ist, die Wogen mit „Streetworker“-Bullen zu glätten, die sich als der „große Bruder“ der Kids aufspielen, wollen die Herrschenden jetzt den Stadtteil „besser durchmischen“. Sie wollen den Teil der Gesellschaft in die Arbeiterviertel bringen, dem es gut geht in diesem System, der sich keine Sorgen darüber machen muss, ob das Geld bis zum Ende des Monats reicht, ob man den Kindern Winterkleidung kaufen kann, ob man trotz des Aufstockens mit der Rente auskommt. Indem kleinbürgerliche Schichten

angesiedelt werden, lassen sich, wie in Mümmel bereits geschehen, die Mieten steigern, wodurch ein Teil der Arbeiter verdrängt wird und eine sogenannte „Ghettoisierung“ verhindert wird.

Der Hamburger Senat lässt sich sein am weitesten fortgeschrittenes Aufwertungsprojekt insgesamt über 100 Millionen Euro kosten. Es wurde bereits das alte Kaufhaus im Viertel abgerissen und das Neue wird von einem Investor in naher Zukunft hochgezogen. Um das Viertel für Besserverdiener attraktiver zu machen, soll das das neue „Quartierszentrum“ darstellen. Die alten Wohntürme aus den 70er Jahren, die insgesamt über 260 Wohnung enthalten, sind bereits von Grund auf von dem Wohnungsbauunternehmen SAGA saniert. Die Mieter mussten während der Bauphase ihre Wohnung vollständig verlassen und in andere Wohnungen umziehen. Laut Berichten von Anwohnern mussten Mieter teilweise auch in andere Stadtteile ziehen. Die SAGA hat diese Umsiedlungen selbstverständlich begleitet, d.h. die Bewohner hatten Betreuer, die zu ihnen nach Hause kamen und ihnen versicherten, dass sie sich mit den aufgezwungenen Umzügen abzufinden hätten und dass „mögliche“ Mieterhöhungen völlig gerechtfertigt seien. Dass sich viele Mieter durch die Mieterhöhung zweimal überlegen mussten, ob sie nach einer Sanierung überhaupt wieder in ihre alte Wohnung zurück ziehen konnten, liegt auf der Hand. Es gibt Berichte von Anwohnern über konkrete Fälle, beispielsweise der einer alleinerziehenden Mutter, die sich ihre gravierend teurer gewordene Wohnung schlicht nicht mehr leisten kann. Lediglich die Hälfte der Bewohner der sanierten Häuser sind ihre Wohnungen zurück gekehrt.

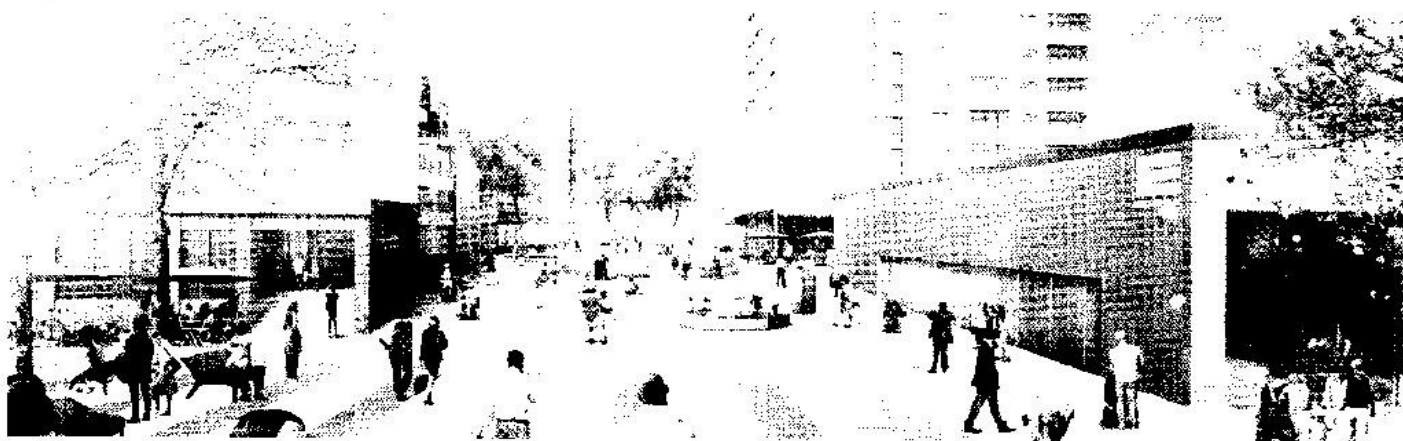
Gerechtfertigt wird eine vollständige Sanierung zum Beispiel damit, dass die Häuser sowieso eine bessere Wärmedämmung brauchen, weil der Bund dies vorgibt. Die Kosten werden immer an die Mieter weitergegeben: Die Mieter müssen diese Investitionen des Unternehmens absurderweise direkt „ausgleichen“, und wenn der Umbau dann abbezahlt ist, muss die Wertsteigerung durch den Umbau weiter vom Mieter „ausgeglichen“ werden. Ob die entsprechenden Umbaumaßnahmen auch den Mietern so große Vorteile bringt, und man z.B. durch eine Wärmedämmung tatsächlich so viel

Heizkosten spart, wie angekündigt wurde, ist noch dazu fraglich. Mit diesen Entwicklungen ist es bereits heute schwerer geworden, eine günstige Wohnung im Viertel zu finden, so bestätigt auch eine Bewohnerin: sie war selbst an der Sanierung der Häuser beteiligt und findet nun keine Wohnung mehr für ihre Familie. Doch damit reicht es den Herren Stadtplanern noch nicht: die alten Wohnungen sollen nicht nur saniert werden, es soll auf den Feldern am östlichsten Rand vom Viertel auch „neuer Wohnraum“ entstehen, wobei laut den Plänen der Stadt durchaus auch Stadthäuser als Bebauungsmöglichkeit in Frage kommen, was den Effekt hin zu der gewünschten „Durchmischung“ nur verstärkt.

Auch die SAGA sieht im Viertel große Potentiale, vor allem für sich selbst. Zwei Drittel der Menschen in Mümmelmannsberg, rund 11.300, leben bereits in einer SAGA-Wohnung, da dem Unternehmen mehr als die Hälfte aller Mietshäuser gehört. Der sogenannte „Masterplan Mümmelmannsberg“ der SAGA sieht „mehr als NUR die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum“ vor. Man glaube an das Quartier, auch hier soll neu gebaut werden. „Was es hier braucht, sind Ein- und Mehrfamilienhäuser“, so SAGA-Vorsitzender Wendel.

Diese ganze Aufwertungskampagne wird einzig und allein aus dem Grund gemacht, weil sie den Herrschenden dient, um diejenigen zu befrieden, die allen Grund haben, gegen dieses System zu kämpfen. Die Herrschenden wollen uns das Ganze nicht erst seit gestern als ein Geschenk für uns, als etwas Gutes für alle verkaufen. Sie haben gemerkt, dass die Menschen in dem Viertel zusammenhalten und ihnen der Stadtteil wichtig ist. Das nutzen sie für sich aus und versuchen, die Menschen im Viertel mit

ihren Lügen auf ihre Seite zu ziehen. Beispielweise war die Frau Bausenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt (SPD) neulich „zu Besuch“ im Viertel: „Für uns geht es darum, dass die hier lebenden Menschen eine höhere Lebensqualität haben, dass wir ihren Stadtteil insgesamt aufwerten.“ Dass nichts von ihren Plänen wirklich für uns, für unsere Klasse ist, sieht man zum Beispiel daran, dass die Herrschenden sich noch vor einigen Jahren einen Dreck für Menschen im Viertel interessiert haben und es bewusst zugrunde gehen ließen. Laut Angaben von Bewohnern war das Viertel vor einigen Jahren sehr viel belebter, es gab mehr Möglichkeiten, seine Freizeit vor Ort zu verbringen. Viele Einrichtungen wurden dann aber, um Kosten zu sparen, geschlossen bzw. verkleinert. Unter anderem wurde bereits vor einem Jahrzehnt die damals sehr große Bücherhalle (Städtische Bibliothek) des Viertels geschlossen. Bewohner berichteten, dass dieser Vorstoß der Stadt auf starken Widerstand im Viertel traf, diese sich kurzerhand dagegen organisierten und eine eigene Demo auf die Beine stellten. Als Reaktion auf diesen Protest wurde die Bücherhalle an anderer Stelle, allerdings sehr viel kleiner und mit Fokus auf Kinderliteratur, wieder eröffnet. Zur gleichen Zeit wurde in Blankenese eine riesige Bücherhalle mit „Multi-Media-Center“ eröffnet. Immer wieder wird versucht, die Klassenunterschiede, die die Menschen voneinander trennen, zu verwischen und uns weis zu machen, dass die bürgerlichen Politiker für uns da sind. Aber wir dürfen den Lügen der Ausbeuter keinen Glauben schenken und uns nicht damit abspeisen lassen, ab und an auf einer Bezirksversammlung ein paar kritische Fragen stellen zu dürfen. Wir müssen uns als Klasse gegen die Pläne der Herrschenden im Viertel organisieren und für guten und bezahlbaren Wohnraum für unsere Klasse kämpfen! •



Werbung für das neue Quartierszentrum

NUR EINE LAST FÜR DIE GESELLSCHAFT?

Manchmal kann einem das Leben übel mit spielen, manchmal hat man einfach Pech und wird so geboren. Fakt ist, dass es jeden von uns einfach treffen kann und sich der gesundheitliche Zustand auf einen Schlag erheblich verschlechtert; wie es danach weiter geht, hängt so gut wie immer davon ab, welcher Klasse man angehört, was für ein soziales Umfeld man hat und wie dieses sich um einen kümmert. Der Titel lässt es schon vermuten: Es geht um Menschen, die mehr oder weniger plötzlich nicht mehr für sich selbst sorgen können.

So ging es z.B. auch A. (Name von der Redaktion abgekürzt). Seine Eltern sind als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen und haben A. und seine Geschwister auch hier aufgezogen. A. selber lebt seit über 40 Jahren im Bremer Osten und hat lange Zeit als Aushilfe bei einer Tischlerei gearbeitet, bis er vor gut Zehn Jahren mehrere Schlaganfälle erlitten hat. Jetzt sitzt er zur Hälfte gelähmt im Rollstuhl, kann nur noch einen Arm benutzen und auch das Sprechen bereitet ihm Probleme. Also ein ganz schöner Schicksalsschlag. Die Frage, wie es mit ihm weitergeht, entscheidet sich wie so oft an seinem Geldbeutel und dem seiner Familie. Denn als Kind eines Gastarbeiters und als Helfer in einer Tischlerei ist dieser, wie der von den meisten von uns, nicht besonderes gut gefüllt.

Mittlerweile lebt er alleine in einer Ein-Zimmer-Wohnung, die ihm das Amt bezahlt. Diese ist an sich schon in einer schlechten Verfassung. So gibt es z.B. nicht die Möglichkeit zu lüften, und der allgemeine Zustand ist so heruntergekommen, das zwischen der Bezeichnung Wohnung und der Bezeichnung Loch nur ein wenig guter Wille steht. Zu dem eh schon schlechten Zustand kommt noch, dass die Wohnung überhaupt nicht behindertengerecht ist. So hat A., der wie erwähnt im Rollstuhl sitzt, große Probleme, seine Wohnung eigenständig zu verlassen. Aber Halt: Zum Glück leben wir doch in Deutschland! Das ist doch bekanntermaßen ein Sozialstaat. Und wird

doch auch immer gerne als Begründung genommen, warum es doch so gut ist, dass man einen erheblichen Teil seines Lohnes abdrücken muss. Davon müsste A. doch jetzt profitieren.

Wie der Sozialstaat für unsere Klasse in Deutschland aussieht, vor allem, wenn man noch dazu kein „geborener Deutscher“ ist, zeigt sich am Fall von A. Dreimal am Tag kommt eine gehetzte Pflegekraft vorbei und schmeißt ihm seine Medikamente in die Wohnung, und zwei Mal in der Woche wird er mehr oder weniger gewaschen. Alle anderen Aufgaben, die anstehen, müssen seine Familie oder Freunde für ihn erledigen. Sei es das Wäschewaschen oder das Einkaufen gehen. Und nun ist es nicht so, dass A's Familie den ganzen Tag Zeit hätte, um sich um A. zu kümmern. Schließlich müssen sie sich auch um ihre Kinder und ihren Haushalt kümmern und natürlich auch zur Arbeit gehen. Da ist so eine Nebenbeschäftigung als Pfleger alles andere als ein Vergnügen. Deshalb bezahlt A. manchmal die Kinder aus der Nachbarschaft mit einem kleinen Taschengeld, damit sie ihn spazieren fahren oder kleine Einkäufe mit ihm erledigen.

Neuerdings ist noch dazu gekommen, dass A. immer öfter epileptische Anfälle bekommt, weshalb sein Bruder seit längerer Zeit versucht, ihn beim Pflegedienst in den höchsten Pflegegrad eintragen zu lassen. Das stößt bei A's Krankenkasse natürlich auf Unwillen, und so legen sie allerhand Steine in den Weg, um dies zu boykottieren. Davon hat A's Bruder jetzt genug und droht dem Pflegedienst, damit an die Öffentlichkeit zu gehen, wobei wir ihn natürlich unterstützen möchten.

Denn das Schicksal von A. kann jeden von uns treffen. Es geht uns natürlich nicht darum, den Pflegern vorzuwerfen, dass sie ihren Job nicht richtig machen, denn unsere Kollegen in der Pflege machen einen Knochenjob und viel zu viel Arbeit für viel zu wenig Geld. Es ist das System, das uns verelenden

lässt und dafür sorgt, dass A. und viele andere leben müssen, wie er es tut. Dieser wäre laut seinen eigenen Aussagen „in seinem Loch verreckt“, hätte er keine Familie, die sich um ihn kümmert.

Denn im Imperialismus verkommt alles zu einem Geschäft. „Ohne Moos nichts los“ ist eine gängige Redewendung. So kommt es, dass gehandicapte Menschen, die nicht in vollem Umfang Herr ihres Geistes und/oder ihres Körpers sind, als Last empfunden werden. Sie sind eben nicht so produktiv, also sind sie auch weniger wert. Das ist Normalität in diesem menschenverachtendem System! Ein nützliches Zahnrad soll man für die Ausbeuter sein, sich lohnen für sie. Sie bestimmen, wann, wie und zu welchen Bedingungen gearbeitet wird. Das ist die Diktatur der Bourgeoisie!

Für Familien aus der Arbeiterklasse ist die Option dann meistens, ihr Familienmitglied privat zu pflegen, will man ihm doch ein würdevolles Leben bieten. Das kostet viel Geld und Zeit. Es gibt im Imperialismus keine kollektiven Lösungen, die ein würdevolles Leben in Teilhabe an der Gesellschaft für Patienten und eine gerechte Entlohnung für die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Pflege vorsieht. Sich gemeinsam um Behinderte zu kümmern, ohne dass es eine Riesenlast ist, und sie sogar noch produktiv einzubinden - allen eine Arbeit zu geben - ist durchaus möglich. Aber eben nicht Sinn und Zweck dieser Gesellschaft.

Bei den Pflegediensten kommt genau diese Wertvorstellung der Bonzen zum Ausdruck. Für einen Patienten mit Pflegegrad X wird eine Zeit von Y Stunden veranschlagt. Der persönliche Umgang mit einem Menschen gleicht einem Handgriff am Fließband, der am besten schnell und unkompliziert abgewickelt werden muss. Für die Abfertigung des Patienten gibt es dann von den Krankenkassen eine bestimmte Summe Geld, und das ist schließlich das einzige, was zählt. Die Kollegen in der Pflege, die mit

Herz ihrer Tätigkeit nachgehen wollen, können vor lauter Arbeit gar nicht anderes, als sich an diese Zeiten halten; unabhängig davon, ob sie noch gerne mehr für den Patienten tun wollen. Ob ein Patient noch 20 Minuten länger sozialen Kontakt, ein nettes Gespräch oder ähnliches gebrauchen kann - sein Wohlbefinden ist überhaupt nicht entscheidend dafür, ob in dieser Gesellschaft der Bonzen ein Handschlag getan wird. So kommt es auch, dass es eine finanzielle Hürde ist, unseren Freund in einen höheren Pflegegrad einzustufen, und er seit mehreren Monaten auf seinen neuen Rollstuhl warten muss.

Natürlich unterstützen wir A. und seine Familie in ihrem Vorhaben, aber was nicht von der Hand zu weisen ist, ist, dass - egal welche Pflegestufe A. hat - es in diesem System es nicht darum geht, dass er ein gutes Leben führen kann, denn wer keiner Lohnarbeit nachgehen kann, ist Kostenfaktor, und wer den Job hat, sich um ihn zu kümmern, wird nur bezahlt, um Profit zu erwirtschafteten und hat weder die Kapazitäten, noch die Aufgabe, A. ein gutes Leben zu ermöglichen. Die einzige Möglichkeit für dieses gute Leben besteht dann, wenn wir dafür sorgen, dass gute Pflege nicht mehr an den Geldbeutel gebunden ist und nicht mehr zur Privatsache erklärt wird; wenn die Fabriken uns gehören und die Häuser mit den Wohnungen noch dazu, und dafür brauchen wir Revolution. Denn was die Revolution beweisen wird, ist, dass wir selber darüber entscheiden können, unter welchen Bedingungen Arbeit verrichtet wird. Wann zu welchem Zweck ein Handgriff getätigt wird, müssen wir kollektiv bestimmen. Es muss uns - dem Volk - dienen. Das ist die Diktatur des Proletariats! Dann können Fragen rund um das Eigentum ganz neu und zugunsten der Massen beantwortet werden, und es kann eine kollektive Lösung für die Betreuung von Behinderten geben. Jeder kann etwas zum gesellschaftlichen Wohlstand beitragen, ohne völlig monotone Arbeit verrichten zu müssen. Aber das müssen wir uns erkämpfen. •

DEUTSCHE IMPERIALISTEN MIT GROSSEN PLÄNEN

In den vergangenen Wochen stellte sich das Verteidigungsministerium mit seiner Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer gleich mehrmals mit verschiedenen Aussagen ins Rampenlicht. Im Großen und Ganzen soll es um mehr „Internationale Verantwortung“ gehen, die die BRD übernehmen möchte. Die BRD soll „Gestaltungsmacht“ werden, wie es an anderer Stelle hieß. „Internationale Verantwortung“, „Gestaltungsmacht“ - Begriffe die harmlos, gerade zu positiv klingen, aber schlichtweg in eine Zuckerhülle gekleidet sind und in ihrer praktischen Ausführung eine ganz andere Sprache sprechen. Denn worum es für den deutschen Imperialismus geht, ist das Streben, sich zu einer Supermacht zu entwickeln, weiter voranzutreiben. Und das durch ein aggressiveres Vorgehen des deutschen Imperialismus, auf Kosten der unterdrückten Nationen und Völker.

Etwa Anfang/Mitte Oktober forderte das Verteidigungsministerium, „internationale Schutztruppen“ in Nordsyrien zu stationieren, um sich mittels der Europäischen Union in den nach wie vor laufenden Konflikt einzuschalten. Wenige Wochen später forderte die deutsche Verteidigungsministerin und Vorsitzende der CDU mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr. So sagte sie in einer Rede an der Bundeswehr-Universität in Neubiberg vor einigen Wochen:

„Wir können voller Stolz sagen, dass wir bisher unsere Beiträge geliefert haben, ob das nun in Afghanistan, Mali oder an vielen anderen Stellen der Welt ist. Wir müssen aber künftig auch offen damit umgehen, dass wir – so wie jedes andere Land der Welt – eigene strategische Interessen haben. ... Ein Land unserer Größe und unserer wirtschaftlichen und technologischen Kraft, ein Land unserer geostrategischen Lage und mit unseren globalen Interessen, das kann nicht nur einfach am Rande stehen und zuschauen!“

Ebenso nennt sie als Gründe für ihre Forderung den sogenannten „internationalen islamistischen Terror“, den Aufstieg Chinas oder eine angebliche Aggression Russlands gegen die Ukraine. Außerdem schlägt

Kramp-Karrenbauer vor, den Bundessicherheitsrat in einen „Nationalen Sicherheitsrat“ umzuwandeln, zu dem sie sagt:

„Das wäre ein Gremium, das den vernetzten Ansatz wirksam umsetzt, indem es die Instrumente von Diplomatie, Militär, Wirtschaft und Handel, innerer Sicherheit und Entwicklungszusammenarbeit koordiniert.“

Wie genau ein solches Gremium dann konkret aussehen wird, bleibt abzuwarten. Doch die sogenannte „Entwicklungsarbeit“, die vor allem in den afrikanischen Ländern als Grund für die Einmischungen vorgeschoben wird, wird im gleichen Zuge mit den militärischen und wirtschaftlichen Interessen der BRD genannt. Sie fordert außerdem, internationale Missionen selbst zu initiieren und nicht nur an solchen mitzuwirken. Bisher fährt die Bundeswehr insgesamt elf Auslandseinsätze mit ca. 3200 eingesetzten Soldaten - den größten Teil dieser auf dem afrikanischen Kontinent. Und der Einsatz in Mali geriet auch wieder in den Fokus der deutschen Imperialisten, denn das Verteidigungsministerium plant im Laufe des Jahres 2020, 500 weitere Kräfte in das westafrikanische Land zu schicken. Auch nicht zu unterschätzen ist der Bundeswehreinsatz im Kosovo. Seit der Aggression des deutschen Imperialismus gegen Jugoslawien Ende der 90er Jahre hat der deutsche Staat Truppen im heutigen Kosovo stationiert. In den Ländern des gesamten Balkan hat der deutsche Staat eine starke Dominanz gegenüber anderen imperialistischen Mächten, kontrolliert diese wirtschaftlich und hetzt verschiedene Völker aktiv gegeneinander auf.

Doch zurück zu den Forderungen, die aus dem Verteidigungsministerium schallten. Als wären die genannten, die in der letzten Zeit gestellt wurden, nicht schon genug, plant die deutsche Armee darüber hinaus nun auch noch eine Fregatte der Marine in das Südchinesische Meer zu schicken. Das wäre der Start eines völlig neuen Bundeswehreinsatzes in einer Region, in der die BRD bisher weit und breit keine Kräfte stationiert hat. Außerdem zahlt die BRD in der Nato seit kurzem einen höheren Beitrag - einen

gleich hohen wie die USA. Und das natürlich auch mit dem Zweck, sich auf internationaler Ebene eine gehobene Position zu verschaffen.

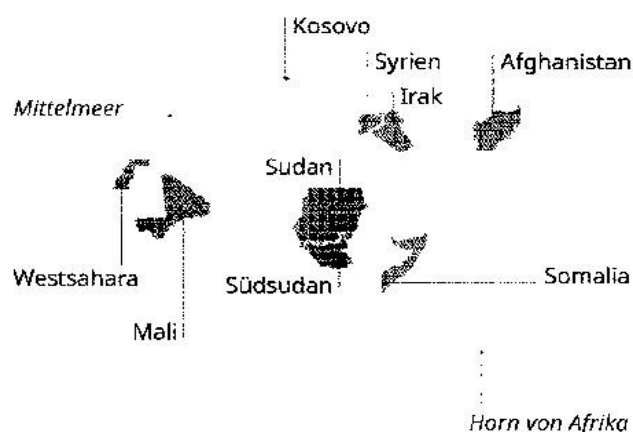
Eine ganz schöne Fülle an Forderungen und Plänen, die sich die deutschen Imperialisten da auf die Fahnen geschrieben haben. Doch so wirklich neu ist diese ganze Tendenz nicht. Denn im sogenannten Weißbuch der Bundeswehr, das bereits im Jahre 2016 erstellt wurde, finden die aktuellen Forderungen ihren Ursprung. Denn schon damals wurde beschlossen, die deutschen Truppen im Ausland aufzustocken und aufzurüsten; die deutschen Wirtschaftsinteressen im Ausland konsequenter durchzusetzen und somit mehr Kriege gegen die Völker der Welt zu beginnen – außerdem, europäische Militärkräfte unter deutsche Führung zu bringen und - nicht zu vergessen - die Aufstandsbekämpfung weiter vorzubereiten, was sich vor allem auf die Lage in der BRD selbst bezieht. All das deckt sich vollkommen mit den Forderungen und Plänen, die nun gemacht wurden. Und Annegret Kramp-Karrenbauer sprach die Umsetzung des Weißbuches auch ganz konkret in einer ihrer Reden vor wenigen Wochen an. So sagte sie:

„[Der] parteiübergreifende sogenannte Münchner Konsens prägt auch das Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft unserer Bundeswehr aus dem Jahr 2016. Das alles bleibt nach wie vor gültig und richtig. (...) Viele in Deutschland haben erkannt, dass wir mehr Verantwortung übernehmen müssen – das war die Botschaft des Münchner Konsens und des Weißbuchs der Bundesregierung. In dieser Erkenntnis steckt aber ein Versprechen, das wir noch nicht vollständig eingelöst haben.“

Es ist selbstverständlich nicht so, dass der deutsche Imperialismus in den letzten drei Jahren stillstand. Viel ist passiert, doch ganz offensichtlich haben die Herrschenden höhere Ansprüche, und es ist damit zu rechnen, dass die Völker der Welt in Zukunft noch mehr unter der Aggression des deutschen Imperialismus zu leiden haben werden.

All das bedeutet eine härtere Durchsetzung der Interessen des deutschen Imperialismus. Der deutsche Staat strebt an, aufzusteigen und zu einer imperialistischen Supermacht zu werden. Die Widersprüche auf Weltebene, also auch zwischen den verschiedenen Imperialisten, spitzen sich weiter und weiter zu. Das sehen auch die Vertreter des deutschen Imperialismus. Die Folgen sind eine verstärkte Aggression gegenüber dem internationalen Proletariat und den Völkern der Welt, die vom deutschen Imperialismus ausgeht. Doch die von Kramp-Karrenbauer aufgestellte Behauptung, Deutschland würde derzeit nur am Rande stehen und zuschauen, ist absolut aus der Luft gegriffen und dient einzig und allein dem Zweck, weitere Auslandseinsätze zu rechtfertigen. Schon heute ist die BRD einer der größten Völkermörder der Welt, legt eine massive imperialistische Aggression gegenüber den unterdrückten Nationen an den Tag und steht weit oben im Rennen der imperialistischen Supermächte und Mächte. Doch all diese Dinge stehen nicht im Interesse von uns, nur weil wir hier in Deutschland leben. Ganz im Gegenteil. Unsere Klassenbrüder und Klassenschwestern auf der ganzen Welt werden von den deutschen Imperialisten massakriert, ausgequetscht und unterdrückt. Und mit ihnen müssen wir uns vereinen und den deutschen Imperialismus für seine Gräueltaten immer wieder denunzieren. •

Auslandseinsätze der Bundeswehr



Derzeit sind **3.200** Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz

Quelle: Bundeswehr | Stand: 23. Oktober 2019

© DW

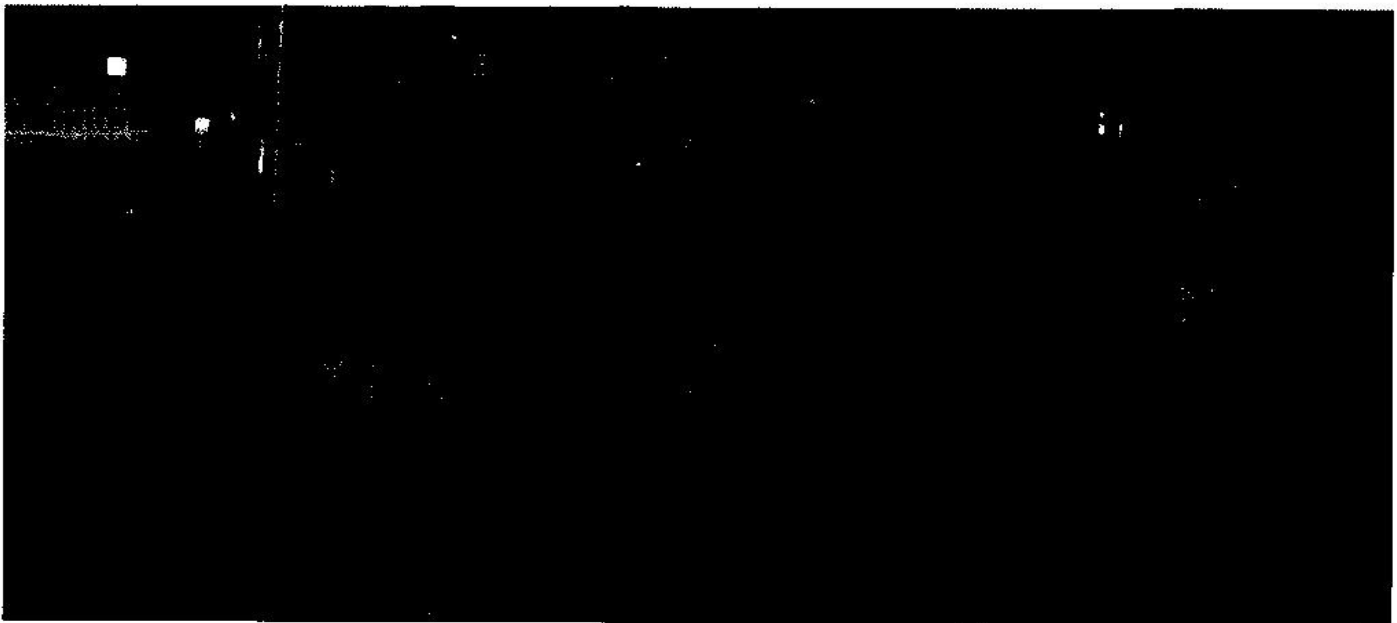
DER TAG GEGEN GEWALT AN FRAUEN IN DIESEM JAHR

Auch dieses Jahr war in mehreren europäischen Ländern wieder einiges los am 25. November, dem *Tag gegen Gewalt an Frauen*. Ein wichtiger Tag, der uns Frauen dazu aufrufen sollte, aufzustehen und zu kämpfen. Gegen das Patriarchat und den Imperialismus, denn wir Frauen aus der Arbeiterklasse sind durch beides unterdrückt und haben durch beides zu leiden. Das zeigen auch aktuelle Zahlen. Denn alleine hier in der BRD wurde jeden dritten Tag eine Frau ermordet. Von all der häuslichen Gewalt, der sexuellen Belästigung, den ekelhaften Sprüchen und allen anderen Auswirkungen, die das Patriarchat so auf uns hat, mal ganz zu schweigen. So ist ein Tag wie der 25. November für uns von großer Bedeutung. Und das nicht als ein Trauertag, an dem wir den Opfern von patriarchaler Gewalt nachtrauern. Ganz im Gegenteil. Denn der 25. November ist ein Tag des Kampfes der Frauen und hauptsächlich von uns Frauen aus der Arbeiterklasse. Und das haben Frauen in diesem Jahr auch wieder bewiesen und sind mit leuchtendem Beispiel vorangegangen.

Diesen 25. November gingen in verschiedenen Ländern wieder Frauen auf die Straße; kämpferisch und entschlossen demonstrierten sie für ihr Recht. So auch in Hamburg. Dort fand im Stadtteil St. Pauli, in dem sich auch die sogenannte

„Vergnügungsmeile“ Reeperbahn befindet, eine kämpferische Demonstration statt. Die Reeperbahn gilt als größte und bekannteste Straße Deutschlands, in der sich Mann für ein bisschen Geld vergnügen kann. Heißt im Klartext: die Reeperbahn ist die wohl größte Prostitutionsstraße in der ganzen BRD. Bordelle und sogenannte Strip-Lokale reihen sich aneinander. So war die Route der Demo in Hamburg, die die Reeperbahn mit einschloss, absolut korrekt gewählt. Denn genau hier befinden sich die Frauen, die wohl am massivsten unter der patriarchalen Unterdrückung der Frau zu leiden haben. Zur Demo selbst schlossen sich revolutionäre Organisationen aus verschiedenen Ländern zusammen, um ihre Wut auf die Straße zu tragen.

Auffällig und neu in diesem Jahr war, dass sich die deutsche bürgerliche Presse, aber auch andere bürgerliche Kräfte stärker als in den letzten Jahren mit dem Tag gegen Gewalt an Frauen auseinandergesetzt haben. So gab es mehr Propaganda für den bürgerlichen Feminismus. In Hamburg fand beispielsweise eine Plakatkampagne zum 25. November statt, die bürgerlich-feministische Standpunkte in den Kampf der Frauen tragen sollte. Dies folgt vermutlich der intensiven Arbeit und den jährlich stattfindenden Demonstrationen von revolutionären Kräften in Hamburg.



BRD - Hamburg



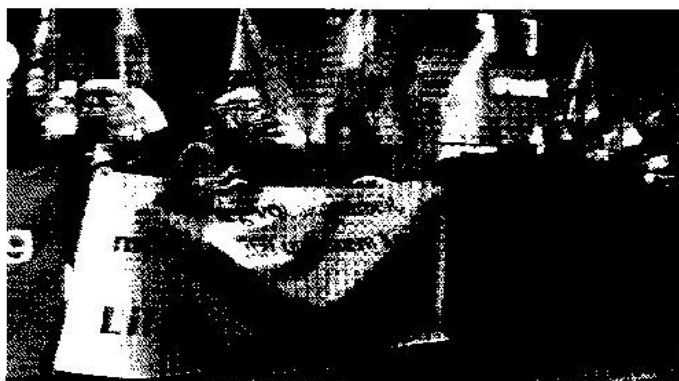
Österreich - Linz

Eine weitere Demonstration gab es in Zürich in der Schweiz. Auch hier gelang es, eine kämpferische Demonstration durchzuführen. Hierfür schloss sich ein breites Bündnis zusammen, an dem sich auch revolutionäre Frauen beteiligten, die den Zusammenhang zwischen Imperialismus und Patriarchat betonten. Rund 600 Personen beteiligten sich an der Demonstration, die am Helvetiaplatz begann. Der eigentliche Helvetiaplatz in Zürich wurde wegen einer starken Mobilisierung, die dieses Jahr stattgefunden hat, zum Ni-Una-Menos-Platz umbenannt, da sich an diesem Ort immer wieder Frauen zum gemeinsamen Protest trafen, wenn ein weiterer Mord an einer Frau aufgedeckt wurde. „Ni Una Menos“ („Nicht eine weniger“) ist eine aus Lateinamerika stammende Parole gegen den Mord an Frauen.

Auch in Österreich sind die Genossinnen der Roten Frauenkomitees am 25. November vorangeschritten und haben ihre Wut auf die Straßen getragen. In Wien und Innsbruck gab es Demonstrationen, auf denen sich die Revolutionäre beteiligten. In Linz gab es zum ersten Mal eine Aktion in Form einer spontanen, unangemeldeten Kundgebung, was eine gute Entwicklung im Kampf der Genossinnen in Linz zeigt.

Die Demonstrationen in Deutschland, Österreich und der Schweiz zeigen gerechtfertigte Kämpfe, die am wichtigen 25. November stattgefunden

haben. Doch diese beiden Demonstrationen sind zu wenig. Denn überall gibt es immer und immer wieder Gewalt gegen Frauen. Und diese wird es auch weiter geben, solange es das Patriarchat gibt, das aus dem Privateigentum hervorgegangen ist und auf ihm basiert. In jeder Stadt, überall sollten wir Frauen auf die Straßen gehen. Und das natürlich nicht nur am 25. November oder am 8. März. Aber an diesen beiden Tagen erst recht. Gleichzeitig dürfen wir uns diese Tage nicht von den bürgerlichen Kräften wegnehmen lassen. Denn Kampf gegen das Patriarchat heißt immer auch Kampf gegen den Imperialismus. Was die Bourgeoisie macht, ist nichts als Heuchelei und hilft uns gar nicht. Wir brauchen keine Frauenquote mit mehr Frauen als Chefs und im Parlament. Uns kann egal sein, ob ein Mann oder eine Frau uns ausbeutet. Denn in erster Linie sind wir Arbeiterinnen, die genau wie unsere männlichen Kollegen auch von der herrschenden Klasse unterdrückt und ausgebeutet werden. Wir sitzen alle im selben Boot und zwar als Klasse und nicht als Männer oder Frauen. Unser Geschlecht steht an zweiter Stelle. Und unser Geschlecht - die Tatsache, dass wir Frauen sind - unsere doppelte Unterdrückung, gibt uns einen weiteren Grund gegen dieses verrottende System aufzustehen und zu kämpfen. Wir dürfen uns von den Herrschenden nicht erzählen lassen, dass wir das nicht können. Dabei sollten uns die kämpfenden Frauen aus der ganzen Welt als Vorbild dienen - besonders jene, die unter der Führung Kommunistischer Parteien in den Volkskriegen in Peru, Indien, der Türkei und auf den Philippinen kämpfen. •



Schweiz - Zürich

INDIVIDUALISMUS UND DEUTSCHE POPMUSIK

Deutsche Popmusik ist ein großes Musikfeld. Es zieht sich über mehrere Genres und schon mehrfach haben wir uns hier in der RoPo mit populärer deutscher Musik beschäftigt. Hauptsächlich mit HipHop. Doch was ebenfalls sehr viel gehört und gespielt wird, ist „Singer-Songwriter“-Musik oder auch sogenannter Kuschelrock. Also genau die Musik, die viele unter „Popmusik“ verstehen. Das Gedudel an deutschsprachiger Musik, das den ganzen Tag im Radio rauf und runter läuft. Eine Richtung, von der es in Deutschland etliche verschiedene Künstler, häufig junge Männer, aber auch einige Frauen und Bands gibt. Allerdings könnte man als jemand, der sich in der Branche nicht besonders auskennt, auch einfach davon ausgehen, dass es nur einen einzigen Sänger in ganz Deutschland gibt. Es ist, als hätte man das Klonen von Menschen erfunden. Denn seit Jahren hört sich alles, was neu auf den Markt kommt, ziemlich gleich an. Meistens eben irgendein junger Mann, der zu melodischen Gitarren- oder Pianoklängen einen traurigen Text dahersäuselt, in dem er seiner angeblichen großen Liebe hinterherheult. Oder einer, der überglücklich ist, weil er seine angebliche „Seelenverwandte“ gefunden hat. Das beides sind so die häufigsten Themen deutscher „Poplieder“. Und wenn diese beiden es dann mal doch nicht sind, geht es um irgendeinen anderen belanglosen Quatsch, der schon von gefühlt dutzenden Anderen besungen wurde. Diese ganze Pop-Geschichte dreht sich seit Jahren im Kreis, und es gibt absolut nichts neues mehr.

Vor allem zeigt uns die deutsche Popmusik bei all ihren Mängeln zwei Dinge, die Gang und Gäbe in dieser Gesellschaft sind, ganz deutlich. Zum einen, dass der Imperialismus absolut nichts neues mehr schafft - und das vor allem in Sachen Kultur. Egal ob in der Musik, bei Filmen oder Büchern, bei einfach allem. Es ist wie ein Hund, der sich immer und immer wieder selber in seinen Schwanz beißen will. Und wie schon gesagt, von so gut wie allen Liedern, die neu raus kommen, hat man den Eindruck, sie doch vorher schon einmal gehört zu haben. Das ist offenbar auch schon der bürgerlichen Presse aufgefallen. Denn

der „Demokratie-Clown“ des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, Jan Böhmerrmann, hat im Zuge seiner Satireshow eine Parodie von üblicher deutscher Popmusik gemacht, die genau diese Eintönigkeit, aber auch schwachsinnige Inhaltslosigkeit in der Branche aufzeigt. Zwar teilen wir die bürgerliche Kritik Böhmerrmanns ausdrücklich nicht, dennoch macht seine Parodie einige Punkte klar. Zum anderen aber, und das ist die Hauptsache, zeigt uns die deutsche Popmusik den Individualismus, der durch das imperialistische System erzeugt und auch aktiv weiterverbreitet wird. Dieser spielt eine sehr wichtige Rolle und wird eben auch durch Musik propagiert. Denn worum es in all den Songs geht, ist die ganze Zeit nur „Ich, Ich, Ich“. In den meisten Fällen entweder „mir geht es so schlecht“ oder eben „ich bin so glücklich“. Ein zwar schon etwas älteres, aber trotzdem sehr bekanntes Lied der Band Rosenstolz heißt sogar einfach nur „Ich bin Ich“. Der Titel erklärt den ganzen Inhalt des Liedes eigentlich von selbst, denn es geht nur darum, wie einzigartig und unveränderlich man selber doch ist, und dass die anderen sich damit doch abzufinden haben. Doch dieses Lied ist nicht das einzige Beispiel. Wir könnten wahrscheinlich mehrere hunderte Zitate aus irgendwelchen Liedern heraussuchen, die das beweisen. Es gibt etliche Textpassagen, bei denen auffällt, dass neben dem eigenen Glück, das in den Fokus gestellt wird, auch immer eine Person erwähnt wird, die für dieses Glück verantwortlich sein soll. Die sogenannte große Liebe, die man angeblich gefunden hat, oder die einen nach langen glücklichen Jahren wieder verlassen hat. Das ist einerseits eine total idealistische Sicht auf Liebesbeziehungen, und zum anderen sagt es aus, dass es nur um unser eigenes Glück geht.

Genau dieser ganze individualistische Schwachsinn ist das, was uns den ganzen lieben langen Tag lang in dieser Gesellschaft eingetrichtert wird. Schon von Beginn unseres Lebens an. Und das hat auch seinen Grund. Denn das Individuum ist für die Bourgeoisie unvereinbar mit dem Kollektiv, das mit einem gemeinsamen Ziel an einem Strang zieht



Die Massen im Bann der "Popmagie"?

und bei dem somit nicht mehr der Einzelne wichtig ist - so unvereinbar, wie der Kapitalismus bzw. der Imperialismus und die Herrschaft der Bourgeoisie der Herrschaft unserer Klasse, dem Proletariat, und dem Sozialismus unversöhnlich gegenüber stehen. Es ist ein Kampf zwischen Rückschritt und Fortschritt, zwischen dem Alten und dem Neuen. Und die Herrschenden versuchen mit ihrer Kultur, die auf das Individuum zentriert, gegen den Fortschritt anzukämpfen. Uns wird erzählt, dass wir nur uns selber sehen sollen, uns an die erste Stelle stellen sollen und unser privates „Glück“ im Auge haben sollen. Unsere Klasse ist dabei angeblich völlig egal. Aber eben all das ist nichts als reaktionäre Propaganda, die der herrschenden Klasse und eben nicht uns, den breiten Volksmassen dient.

Es geht uns hier nicht darum, einzelne Popsänger herunter zu machen oder auf einzelnen Individuen rumzuhacken. Es geht auch nicht darum zu behaupten, dass all diese Musiker gezielt und bewusst individualistische Propaganda verbreiten.

Doch wie jeder Mensch sind auch sie ein Produkt ihrer ökonomischen Verhältnisse. Und diese sind bei erfolgreichen Musikern mit Sicherheit ziemlich gut. Doch die herrschende Klasse nutzt ganz gezielt die bürgerliche Kultur, um genau diese Propaganda in die breiten Volksmassen zu tragen. Und das hat das große Problem mit dem Individualismus unter den Massen zur Folge. Gleichzeitig aber sehen wir den Mangel an tatsächlich proletarischer Kultur, die dem Volke dient. Eine Kultur, die sich mit den tatsächlichen Problemen der Massen auseinandersetzt. Die, anstatt auf Individuen zu zentrieren, über die Klasse und über die Volksmassen spricht. Eine Kultur, die etwas tatsächlich Neues bringen würde und nicht auf den alten Ideen beharrt, die in der bürgerlichen Kultur wieder und wieder recycelt werden. All das fehlt unserer Klasse. Und es ist die Aufgabe der Kommunisten, all dies zu schaffen, einen klaren Trennungsstrich zu ziehen und die proletarische Kultur der rückständigen, bürgerlichen Kultur entgegenzustellen. •



DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:

ROTEPOST@GMX.DE

TERMINE IM JANUAR

07.01. - Demonstration aus Anlass des 15. Todestages von Oury Jalloh
Hauptbahnhof Dessau | 13 Uhr

12.01. - Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Demonstration
Berlin - Frankfurter Tor | 10 Uhr

BREMEN

Café Rebellion - BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch - geöffnet ab 17 Uhr

HAMBURG

Kneipe des Roten Frauenkomitees Hamburg
Sauerkrautfabrik Harburg
10.01., 17.01., 24.01. - geöffnet ab 18 Uhr

